

**Gesetz
über die Organisation der Polizei
(Polizei-Organisationsgesetz)**

vom 30. November 2006¹⁾

*Der Kantonsrat des Kantons Zug,
gestützt auf § 41 Bst. b der Kantonsverfassung²⁾,*

beschliesst:

1. Abschnitt
Regelungsinhalt

§ 1
Inhalt

Dieses Gesetz regelt die

- a) Grundzüge der Polizei-Organisation;
- b) besondere Pflichten der Mitarbeitenden der Polizei, soweit nicht das Personalrecht gilt;
- c) Amts- und Vollzugshilfe, Zusammenarbeit mit anderen Behörden und Dienststellen;
- d) Verhältnis der Einwohnergemeinden zur Polizei;
- e) Bewilligungspflicht für bestimmte private Sicherheitseinrichtungen;
- f) Bewilligungspflicht für Anlässe;
- g) Haftung;
- h) Finanzierung der Polizei und den Ersatz der Kosten für Polizei-Einsätze.

¹⁾ GS 29, 33

²⁾ BGS 111.1

512.2

2. Abschnitt Organisation

§ 2

Bestand, Zusammensetzung

Die Polizei setzt sich zusammen aus der zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Zahl von

- a) Mitarbeitenden mit hoheitlicher polizeilicher Gewalt;
- b) Mitarbeitenden mit hoheitlicher Gewalt;
- c) Mitarbeitenden ohne hoheitliche und ohne polizeiliche Gewalt;
- d) Auszubildenden.

§ 3

Funktionsstellenplan

Der polizeiinterne Funktionsstellenplan wird von der Kommandantin oder vom Kommandanten im Rahmen des Kantonsratsbeschlusses betreffend Bewilligung von Personalstellen¹⁾ aktualisiert und von der Sicherheitsdirektion genehmigt.

§ 4

Aufgabenerfüllung

¹⁾ Im Kanton Zug erfüllt die Polizei unter kantonaler Hoheit die polizeilichen Aufgaben sowie die Belange des Staatsschutzes im Auftrag des Bundes²⁾.

²⁾ Die Kommandantin oder der Kommandant kann Sonderformationen bilden, sofern dies die Aufgabenerfüllung erfordert.

§ 5

Ausbildung und Aufnahme in die Polizei

¹⁾ In die Polizeischule kann aufgenommen werden, wer das Schweizer Bürgerrecht besitzt, mündig ist, physisch und psychisch zur Ausübung des Polizeiberufs geeignet ist, über eine ausreichende Vorbildung verfügt sowie einen guten Leumund besitzt.

²⁾ Die Auszubildenden sind befristet angestellt. Die Dauer der abgeschlossenen Grundausbildung wird als Dienstjahr angerechnet.

³⁾ In die Polizei kann aufgenommen werden, wer das Schweizer Bürgerrecht besitzt, mündig ist und die polizeiliche Grundausbildung erfolgreich abgeschlossen hat. Ausnahmsweise kann auf das Erfordernis des Schweizer Bürgerrechts verzichtet werden.

¹⁾ BGS 154.212

²⁾ Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit vom 21. März 1997 (BWIS, SR 120).

⁴ Personen mit besonderen Fachkenntnissen können auch ohne polizeiliche Grundausbildung aufgenommen werden.

⁵ Über die Zulassung zur Polizeischule und über den ausnahmsweisen Verzicht auf das Erfordernis des Schweizer Bürgerrechts entscheidet die Kommandantin oder der Kommandant.

§ 6

Hoheitliche polizeiliche Gewalt, hoheitliche Gewalt

¹ Die hoheitliche polizeiliche und die hoheitliche Gewalt sowie deren Umfang werden den entsprechenden Mitarbeitenden der Polizei zusammen mit der Funktionszuweisung oder dem Arbeitsvertrag übertragen.

² Auszubildende erhalten für kommandierte Einsätze zu Gunsten der Polizei die hoheitliche polizeiliche Gewalt mit dem Einsatzbefehl.

§ 7

Inpflichtnahme

Die Mitarbeitenden mit hoheitlicher polizeilicher Gewalt werden nach ihrer Anstellung von der Vorsteherin oder vom Vorsteher der Sicherheitsdirektion mit folgender Formel in die Pflicht genommen:

«Ich verpflichte mich, die Verfassung und die Gesetze getreu zu befolgen, die Rechte und Freiheiten der Bevölkerung zu achten und zu schützen, verhältnismässig zu handeln und meine Pflichten ohne Ansehen der Person unbestechlich und nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen und mich an die Wahrheit zu halten.»

3. Abschnitt

Besondere Pflichten der Mitarbeitenden der Polizei

§ 8

Dokumentationspflicht

Die Mitarbeitenden mit hoheitlicher polizeilicher Gewalt dokumentieren ihr polizeiliches Handeln in geeigneter Form.

§ 9

Dienstausübung

Die Kommandantin oder der Kommandant bestimmt, in welchen Funktionen und für welche Dienste die Uniform mit Namensschild getragen wird und wann der Dienst bewaffnet erfolgt.

512.2

§ 10

Arbeitsort

¹ Die Kommandantin oder der Kommandant kann einen Arbeitsort innerhalb und ausserhalb des Kantons zuweisen.

² Vor der Zuweisung eines ausserkantonalen Arbeitsorts ist den Mitarbeitenden das rechtliche Gehör zu gewähren; der Entscheid ist zu begründen.

³ Die Zuweisung eines ausserkantonalen Arbeitsorts kann nur unter Einhaltung der Kündigungsfrist und des Kündigungstermins angeordnet werden.

⁴ Auf die persönlichen Verhältnisse der Betroffenen ist nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen.

§ 11

Bereitschaft

¹ Soweit Mitarbeitende Pikettdienst leisten, haben sie dauernd erreichbar und verfügbar zu sein.

² Die Kommandantin oder der Kommandant kann in besonderen Fällen für die gesamte Polizei oder Teile davon die Erreich- und Verfügbarkeit auch für die dienstfreie Zeit anordnen.

§ 12

Wohnsitzpflicht

¹ Die Mitarbeitenden mit hoheitlicher polizeilicher Gewalt unterliegen der Wohnsitzpflicht im Kanton Zug.

² Die Kommandantin oder der Kommandant kann ihnen die Wohnsitznahme auch innerhalb eines über den Kanton Zug hinausgehenden Rayons bewilligen.

³ Der Regierungsrat legt den Rayon fest.

⁴ Der Entzug einer einmal erteilten Ausnahmewilligung von der Wohnsitzpflicht kann nur aus wichtigen dienstlichen Gründen verfügt werden.

4. Abschnitt

Amts- und Vollzugshilfe, Zusammenarbeit

§ 13

Amtshilfe

Die Polizei arbeitet im Bereich der polizeilichen Gefahrenabwehr und der Strafverfolgung mit Behörden und Dienststellen des Kantons, anderer Kantone, der Gemeinden und des Bundes zusammen.

§ 14

Vollzugshilfe

¹ Die Polizei leistet Behörden und Dienststellen Vollzugshilfe, sofern dafür eine Rechtsgrundlage besteht oder sie zur Durchsetzung der Rechtsordnung notwendig ist.

² Vollzugshilfe wird auf schriftliches Gesuch hin geleistet. In dringenden Fällen kann das Gesuch mündlich gestellt werden. Es ist jedoch schriftlich zu bestätigen. In jedem Fall ist der Zweck und die Rechtsgrundlage der zu vollziehenden Massnahme anzugeben.

³ Geht es um eine Freiheitsentziehung, ist der Polizei ausserdem der Entscheid der zuständigen Behörde vorzulegen oder genau zu bezeichnen.

⁴ Die Rechtmässigkeit der Massnahme, die mit der Vollzugshilfe durchgesetzt werden soll, richtet sich nach dem Recht der ersuchenden Behörde, die Durchführung der Massnahme nach Zuger Recht.

§ 15

Kantonsüberschreitender Polizeieinsatz

¹ Soweit die Möglichkeiten gemäss Konkordat über die polizeiliche Zusammenarbeit in der Zentralschweiz ausgeschöpft sind, kann der Regierungsrat auch andere Kantone oder den Bund um den Einsatz von Polizeikräften im Kanton Zug ersuchen.

² Der Regierungsrat kann auf Gesuch hin den Einsatz von Zuger Polizeikräften in Kantonen anordnen, die nicht dem Konkordat über die polizeiliche Zusammenarbeit in der Zentralschweiz angehören.

³ Unter dem Vorbehalt anders lautender Konkordatsregelungen gilt für das polizeiliche Handeln das Recht des Einsatzorts.

⁴ Haften aufgrund der am Einsatzort geltenden Bestimmungen Angehörige der Zuger Polizei für die von ihnen verursachten Schäden, tritt der Kanton Zug an ihre Stelle. Ein allfälliger Rückgriff richtet sich nach dem Zuger Verantwortlichkeitsgesetz. Im Übrigen gilt für die Angehörigen der Zuger Polizei das Personalrecht des Kantons Zug.

⁵ Unter dem Vorbehalt von Bundes- oder Konkordatsrecht wird der ausserkantonale Einsatz von Zuger Polizeikräften in der Regel nur gegen Ersatz der Kosten angeordnet.

⁶ Der Kanton Zug ersetzt den Kantonen, die auf sein Ersuchen hin Polizeikräfte zur Hilfeleistung zur Verfügung stellen, die Kosten, sofern nichts anderes bestimmt ist.

5. Abschnitt

Verhältnis der Einwohnergemeinden zur Polizei

§ 16

Ruhe und Ordnung

¹ Die Zuständigkeiten der Gemeinden und der Polizei im Bereich Ruhe und Ordnung richten sich nach dem Anhang «Aufgabenteilung Kanton – Gemeinden».

² Der Anhang kann von der Gemeindepräsidenten-Konferenz und vom Regierungsrat im gegenseitigen Einvernehmen abgeändert werden.

§ 17

Leistungseinkauf

¹ Der Gemeinderat kann zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung gemäss Anhang zum Polizei-Organisationsgesetz mit der Polizei über den Beizug des Verkehrskontrolldienstes und von Sicherheitsassistentinnen und Sicherheitsassistenten Verwaltungsvereinbarungen abschliessen.

² Der Gemeinderat schliesst mit der Polizei Verwaltungsvereinbarungen ab über den Beizug von

- a) Sicherheitsassistentinnen und Sicherheitsassistenten für den Vollzug des Ordnungsbussengesetzes des Bundes und der dazugehörigen Ordnungsbussenverordnung im Bereich des ruhenden Verkehrs sowie für die Durchführung polizeilicher Massnahmen;
- b) Mitarbeitenden des Verkehrskontrolldienstes für den Vollzug des Ordnungsbussengesetzes des Bundes und der dazugehörigen Ordnungsbussenverordnung im Bereich des ruhenden Verkehrs.

³ Der Einsatz des Verkehrskontrolldienstes und der Sicherheitsassistentinnen und Sicherheitsassistenten in den Gemeinden erfolgt gemäss den in den Verwaltungsvereinbarungen vom Gemeinderat festgelegten Leistungen.

⁴ Der Einsatz des Verkehrskontrolldienstes und/oder der Sicherheitsassistentinnen und Sicherheitsassistenten erfolgt kostendeckend, darf aber nicht gewinnorientiert ausgestaltet sein.

§ 18

Bussenerträge

Die nach § 17 von den Sicherheitsassistentinnen und Sicherheitsassistenten und von den Mitarbeitenden des Verkehrskontrolldienstes in den Gemeinden erhobenen Ordnungsbussen fallen in die jeweilige Gemeindekasse.

6. Abschnitt

Private Sicherheitseinrichtungen, Anlässe

§ 19

Private Sicherheitseinrichtungen

¹ Private Sicherheitseinrichtungen mit direkter Alarmierung der Polizei sind bewilligungs- und gebührenpflichtig.

² Private Sicherheitseinrichtungen mit indirekter Alarmierung der Polizei sind bewilligungspflichtig.

³ Die Bewilligung kann mit Bedingungen und Auflagen verbunden werden.

⁴ Die Kommandantin oder der Kommandant ist für die Erteilung und den Entzug der Bewilligung zuständig und legt fest:

- a) die technischen Aufschaltbedingungen;
- b) die Risiken, bei welchen eine technisch ausgelöste direkte Alarmierung der Polizei zulässig ist;
- c) die Massnahmen bei einer Häufung von Alarmen.

⁵ Sie oder er setzt für die direkte Aufschaltung privater Sicherheitseinrichtungen die einmalige Bewilligungsgebühr und ab diesem Zeitpunkt die jährlichen Abonnementsgebühren fest und bezieht sie.

§ 20

Anlässe

¹ Anlässe auf öffentlichem oder privatem Grund haben die Veranstaltenden der Polizei sobald bekannt, spätestens jedoch zwei Monate vor der Durchführung zu melden, wenn erhebliche Sicherheitsprobleme zu erwarten sind, namentlich wenn

- a) eine Gefahr für Leib und Leben eintreten oder
- b) beträchtlicher Sachschaden entstehen könnte oder
- c) umfangreiche verkehrspolizeiliche Massnahmen notwendig sein könnten.

² Die Polizei kann mit den Veranstaltenden eine Vereinbarung zur sicheren Durchführung des Anlasses treffen. Diese Vereinbarung ist verbindlich.

³ Kommt keine Vereinbarung zustande, wird der Anlass bewilligungspflichtig. Die Polizei kann die Bewilligung mit Bedingungen und Auflagen verbinden oder die Bewilligung verweigern. Der Entscheid ist nicht gebührenpflichtig.

512.2

7. Abschnitt

Haftung

§ 21

1. Grundsatz

Soweit dieses Gesetz nichts anderes regelt, gelten die Bestimmungen des Gesetzes über die Verantwortlichkeit der Gemeinwesen, Behördemitglieder und Beamten¹⁾.

§ 22

2. Abweichende Regelungen

a) Haftung gegenüber hilfeleistenden Personen

¹ Der Kanton ersetzt der Person, die der Polizei bei der Erfüllung ihrer Aufgaben auf polizeiliches Ersuchen oder mit polizeilicher Zustimmung Hilfe geleistet hat, den ihr bei der Hilfeleistung entstandenen Schaden, sofern die hilfeleistende Person diesen nicht selber absichtlich oder grobfahrlässig verursacht hat.

² Der Kanton nimmt im Umfang seiner Schadenersatzleistung Rückgriff auf den Dritten, der den Schaden widerrechtlich und schuldhaft verursacht hat.

§ 23

b) Haftung gegenüber Dritten

¹ Der Kanton ersetzt Dritten den Schaden, den eine auf Ersuchen oder mit Zustimmung der Polizei hilfeleistende Person Dritten widerrechtlich und schuldhaft zugefügt hat.

² Der Kanton nimmt im Umfang seiner Schadenersatzleistung Rückgriff auf die hilfeleistende Person, sofern sie den Schaden absichtlich oder grobfahrlässig verursacht hat.

8. Abschnitt

Finanzierung, Kostenersatz

§ 24

Finanzierung

Der Kanton trägt die Kosten der Polizei.

§ 25

Kostenersatz für polizeiliche Leistungen

¹ Kosten für polizeiliche Leistungen werden in Rechnung gestellt, wenn es die Gesetzgebung vorsieht.

¹⁾ vom 1. Febr. 1979 (BGS 154.11)

² Ersatz der Kosten für polizeiliche Leistungen kann überdies verlangt werden von

- a) der Veranstalterin oder vom Veranstalter eines Anlasses, der über Werbeeinnahmen oder Sponsoring finanziert wird oder bei dem ein Teilnahme- oder ein Einsatzgeld oder ein Eintritt verlangt wird oder üblicherweise verlangt werden kann;
- b) der Verursacherin oder vom Verursacher einer mutwillig ausgelösten Alarmerung;
- c) jenen, aus deren privater Sicherheitseinrichtung sich ein Fehlalarm löst;
- d) jenen, die für private Anlässe den polizeilichen Ordnungs-, Sicherheits- oder Verkehrsdienst beanspruchen;
- e) jenen, für welche die Polizei Ausnahmetransporte oder Ausnahmefahrzeuge begleitet;
- f) jenen, die aufgrund einer angeordneten fürsorgerischen Freiheitsentziehung in eine geeignete Anstalt transportiert werden.

³ Der Kostenersatz für die polizeilichen Leistungen gemäss den Bst. a – e entspricht einer Stundenpauschale pro eingesetzte Person; der Regierungsrat setzt die Pauschale fest. Der Kostenersatz für die polizeiliche Leistung gemäss Bst. f richtet sich nach dem Verwaltungsgebührentarif¹⁾.

⁴ Die Polizei entscheidet über den Kostenersatz, stellt die Kosten in Rechnung und zieht diese ein.

9. Abschnitt

Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 26

Übergangsbestimmung

Die im Zeitpunkt des Inkrafttretens bestehenden Verträge mit der Polizei für private Sicherheitseinrichtungen müssen bis 31. Dezember 2010 den Bestimmungen dieses Gesetzes angepasst werden.

§ 27

Aufhebung bisherigen Rechts

Mit Inkrafttreten dieses Gesetzes werden alle widersprechenden Bestimmungen aufgehoben, namentlich die §§ 2 bis und mit 16 des Gesetzes über die Kantonspolizei vom 31. Oktober 1966²⁾.

¹⁾ BGS 641.1

²⁾ GS 19, 233

512.2

§ 28

Änderung bisherigen Rechts¹⁾

§ 29

Inkrafttreten

Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum gemäss § 34 der Kantonsverfassung. Der Regierungsrat bestimmt das Inkrafttreten²⁾.

¹⁾ Die Änderungen werden hier nicht abgedruckt. Sie sind bei den entsprechenden Erlassen publiziert.

²⁾ Inkrafttreten am 1. Jan. 2008.

**Aufgabenteilung Kanton - Gemeinden
(verabschiedet durch AG Gemeinden/Sicherheitsdirektion am 20. Januar 2006)**

Aufgabe	Zuständigkeit heute	Rechtliche Grundlagen nach heutiger Geltung	Gemeinden	Zuger Polizei	Bemerkungen
Kontrolle der Parkordnung auf öffentlichem Grund	Zuger Polizei (in engem Kontakt mit den Gemeinden) Stand 2005 = 700 Stellenprozent VKD	§ 1 Gesetz über die Kantonspolizei vom 31.10.1966 § 28 Ziff. 1 Gerichtsorganisationsgesetz vom 3.10.1940 § 13 Abs. 1 Dienstreglement für die Zuger Polizei vom 22.01.1985	Verwaltungsvereinbarung mit Zuger Polizei Einsatz VKD, später Si Ass	Aufgabenerfüllung gemäss Verwaltungsvereinbarung	Wo zweckmässig, soll Technik eingesetzt werden (Barrieren mit Ticketautomaten); Prüfung einer Anstossfinanzierung durch Kanton aus Bussenertrag. Erträge (Ordnungsbussen, Gebühren) kommen nach Abzug einer Pauschale für die kantonalen Aufwendungen (Bereitstellung, Aufwand für Einsatzmittel, Einsparungen, etc.) den Gemeinden zu Gute (quartalsweise Abrechnungen).

Aufgabe	Zuständigkeit heute	Rechtliche Grundlagen nach heutiger Geltung	Gemeinden	Zuger Polizei	Bemerkungen
Kontrolle des SVG (ohne Parkplatzbewirtschaftung)	Zuger Polizei	§ 13 Abs. 1 Dienstreglement für die Zuger Polizei vom 22.01.1985	-	Hoheitliche Aufgaben gemäss SVG (VZV Art. 130, PG § 1, Aufgaben, lit c, POG § 13 und 14)	
Radarkontrollen auf Gemeindestrasse	Zuger Polizei	§ 13 Abs. 1 Dienstreglement für die Zuger Polizei vom 22.01.1985	-	Hoheitliche Aufgaben gemäss SVG (VZV Art. 130 und 133, PG § 1, Aufgaben, lit c)	
Schulwegüberwachung	Zuger Polizei	§ 13 Abs. 1 Dienstreglement für die Zuger Polizei vom 22.01.1985	-	Präventionsmassnahmen bei Schulbeginn, im Verlauf des Jahres situativ	
Schülerlotsen	Gemeinden		Einsatz gemäss Beurteilung Gemeinde (SSV Art. 66 und 67)	Ausbildungssupport durch Zuger Polizei	
Verkehrsinstruktion	Zuger Polizei	§ 1 Gesetz über die Kantonspolizei vom 31.10.1966	Bereitstellung Infrastruktur und Unterrichtszeit, Mitwirkung der Klassenlehrer/innen erwünscht	Jährliche Verkehrsinstruktion in allen Volksschulclassen Volziehungsverordnung zum Schulgesetz vom 07. Juli 1992, § 21, Ziff. 2 und Vollziehungsverordnung des Erziehungsrates zum Schulgesetz vom 10. Juni 1992, § 9, Ziff 1 und 2.	
Gemeindliche Veloprüfung	Zuger Polizei Gemeinde		Interesse und Mitwirkung (Unterstützung bezüglich Infrastruktur, Personal, Rahmenbetrieb)	Über die Anforderungen hinausgehend Massnahme in der Verkehrserziehung	Einsatz St. Ass möglich

Aufgabe	Zuständigkeit heute	Rechtliche Grundlagen nach heutiger Geltung	Gemeinden	Zuger Polizei	Bemerkungen
Signalisations-, Markierungs- und Reklamefragen	Gemeinde (Genehmigung der gemeindlichen Verfügung durch die SD)	§ 13 Abs. 1 Dienstreglement für die Zuger Polizei vom 22.01.1985 § 19 Verordnung über den Strassenverkehr und die Strassensignalisationen § 13 Abs. 1 Ziffer 1 + 2 Verordnung über den Strassenverkehr und die Strassensignalisationen	Gemeindliche Verfügung Aufgabengebiet im SVG festgelegt. SSV und Kantonale Verordnung über den Strassenverkehr und die Strassensignalisation vom 22.02.1977	Prüfung gemeindlicher Anordnungen, die der Genehmigung durch die Sicherheitsdirektion be- dürfen, durch VT, wobei sich die Prüfung nicht auf die Angemessenheit der Anordnung bezieht, sondern nur darauf, ob die gemeindliche Anord- nung Recht verletzt (vgl. das Schreiben der Sicherheitsdirektion an die Einwohnergemein- den vom 19. Juli 2005).	
Präventivmassnahmen, Kontrollen und Mithilfe bei Anlässen (Umzüge, Feste, Verkehrsorganisa- tion)	Zuger Polizei und Gemeinde	§ 1 Gesetz über die Kantonspolizei vom 31.10.1966 § 59 Abs. 10 Ziff. 3 Gemeindgesetz vom 4.9.1980	§ 59 Abs. 10 Ziff. 3 Gemeindgesetz vom 4.9.1980	Hoheitliche Aufgaben gemäss SVG (VZV Art. 130, PG § 1, Aufgaben, lit a - d Einsatz SiAss möglich	Einbezug Veranstalter SVG Art. 52, Ziff 3, lit a - d Einsatz SiAss möglich
Privatanzeigen (ruhender Verkehr)	Gemeinde (Erledigung mehrheitlich durch die Zuger Polizei)	§ 28 Ziff. 1 Gerichtsorganisationsgesetz vom 3.10.1940	§ 28 Ziff. 1 Gerichtsorganisationsgesetz z vom 3.10.1940	-	Einsatz Si Ass möglich
Fundbüro	Gemeinde (Erledigung vollständig durch die Zuger Polizei)	EG ZGB § 9, Abs. 1, Ziff. 2	EG ZGB § 9, Abs. 1, Ziff. 2	-	Einsatz Si Ass möglich, Projekt der Gemeinden und Zupo "Zentrales Fundbüro für alle Gemeinden mit einer Schnittstelle zu Polizei" evtl. inkl. Fahrzeuge (Motars, Velos usw.)

Aufgabe	Zuständigkeit heute	Rechtliche Grundlagen nach heutiger Geltung	Gemeinden	Zuger Polizei	Bemerkungen
Präsenz während den Öffnungszeiten PDS	Zuger Polizei	§ 1 Gesetz über die Kantonspolizei vom 31.10.1966	-	PG § 1, Aufgaben POG § 13 und 14	
Beratung in Sicherheitsfragen	Zuger Polizei	§ 1 Gesetz über die Kantonspolizei vom 31.10.1966	-	Keine gesetzliche Vorgabe, Präventionsmassnahme aufgrund PG § 1, Aufgaben; POG § 13 und 14	
Zustellung von Dokumenten "Wenn nicht zustellbar"	Gemeinde, Weibel (Mehrheitliche Eriedigung durch die Zuger Polizei)	§ 101 lit. b Ziff. 2 GG 4.09.1980	Anpassung der Arbeitszeiten des Weibels. § 101 lit. b Ziff. 2 GG 4.09.1980	Beizug im Sinne der Vollzugshilfe (z.B. bei Drohungen/Gefährdungen)	Einsatz Si Ass möglich
Bevölkerungskontakte und Kontakte zu Amtsstellen	Zuger Polizei	§ 1 Gesetz über die Kantonspolizei vom 31.10.1966	-	PG § 1, Aufgaben POG § 13 und 14	
Kontrolle der „einschlägigen“ Plätze (öffentliche Anlagen, Badeanstalten, Schulareal etc.); Patrouillen-Tätigkeiten, präventive Präsenz, Bevölkerungskontakte	Zuger Polizei und Gemeinde	§ 1 Gesetz über die Kantonspolizei vom 31.10.1966 § 59 Abs. 10 Ziff. 3 Gemeindegesetz vom 4.9.1980	Erläss von Regelungen für Nutzung, Kontrollen und Anzeigen § 59 Abs. 10 Ziff. 3 Gemeindegesetz vom 4.9.1980	Präsenz und Kontrollschwergewichte in Absprache mit den Gemeinden (Ordnung) bzw. zur Verhinderung von Straftaten (Sicherheit) PG § 1, Aufgaben POG § 13 und 14	Einsatz Si Ass möglich

Aufgabe	Zuständigkeit heute	Rechtliche Grundlagen nach heutiger Geltung	Gemeinden	Zuger Polizei	Bemerkungen
Kontrollen im Bereich des Gastgewerbesgesetzes sowie Alkoholausschank und -verkauf	Gemeinde (Ausführung teilweise durch die Zuger Polizei)	§ 4 Gastgewerbe-gesetz vom 25.01.1996	§ 4 Gastgewerbe-gesetz vom 25.01.1996	Beizug im Sinne der Vollzugs- bzw. Amtshilfe POG § 13 und 14	Einsatz St Ass möglich
Kontrollen im Bereich der Lotteriegesez-gebung	Zuger Polizei und Gemeinde	§ 16 und § 21 Lotteriegesez vom 6.07.1978	§ 16 und § 21 Lotterie-gesetz vom 6.07.1978	Beizug im Sinne der Vollzugs- bzw. Amtshilfe POG § 13 und 14	Einsatz St Ass möglich
Kontrollen und Unterstützung im Bereich Umwelt	Gemeinde und Zuger Polizei	§ 1 Gesetz über die Kantonspolizei vom 31.10.1966	Verordnung zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Umweltschutz vom 05. Mai 1995, § 6, Ziff 2, § 9, Ziff 2, § 17, evtl. weitere	Beizug im Sinne der Vollzugs- bzw. Amtshilfe POG § 13 und 14	Einsatz St Ass möglich
Eismessungen	Gemeinde und Zuger Polizei	BGS 753.1, Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Binnenschifffahrt, § 10, Ziff 2	BGS 753.1, Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Binnenschifffahrt, § 10, Ziff 2	BGS 753.1, Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Binnenschifffahrt, § 3, Abs. 3, Bst. g	

Aufgabe	Zuständigkeit heute	Rechtliche Grundlagen nach heutiger Geltung	Gemeinden	Zuger Polizei	Bemerkungen
Kontrolle und Mithilfe in der Umsetzung gemeinsamer Regelungen - Hunderegiment - Nächtliches Dauerparkieren - Friedhofreglement - Parkplatzbewirtschaftung für Angestellte - Abfall / Littering (Kantonale Verordnung in Bearbeitung) - Lärmreglemente - Taxiregiment - weitere	Gemeinde	Gemäss den jeweiligen Reglementen	- Hunderegiment - Nächtliches Dauerparkieren - Friedhofreglement - Parkplatzbewirtschaftung für Angestellte - Abfall / Littering (Kantonale Verordnung in Bearbeitung) - Lärmreglemente - Taxiregiment - weitere	In vielen Reglementen wird unter der Polizeibestimmung § 8 des Polizeistrafgesetzes aufgeführt (Übertretung allgemeinverbindlicher Vorschriften). Somit wird die Anzeige durch die verantwortliche Person der Gemeinde oder des Amtes erstellt und die Polizei führt die Ermittlungen.	Einsatz St. Ass möglich